

Verwaltung:

| | |
|-------------------------------------|---|
| Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen | |
| Herr Michael Walker | bis 18:10 Uhr |
| Herr Martin Bärwolf | |
| Herr Helmut Demtröder | bis 18:10 Uhr |
| Herr Frank Kuscharmirtz | |
| Herr Dieter Rotter | |
| Frau Martina von Schaewen | nur zur öffentlichen Sitzung |
| Herr Martin Walter | bis 18:20 Uhr |
| Herr Edgar Weinert | |
| Herr Hans-Jürgen Badziura | |
| Herr Peter Dilks | bis einschließlich TOP 7 der nicht öffentlichen Sitzung |
| Herr Martin Haase | nur zur öffentlichen Sitzung |
| Herr Hans Hutya | |
| Frau Monika Menzel | |
| Herr Ralf Ziomkowski | bis 18:10 Uhr |
| Herr Andreas Beckmann | |
| Frau Kirsten Grunau | |
| Frau Gaby Krumme | |
| Herr Lothar Matzner | bis 18:10 Uhr |
| Frau Yvonne Schubert | nur zur öffentlichen Sitzung |

Studierende der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung:

| | |
|----------------------------|------------------------------|
| Frau Carina Fintanidis | nur zur öffentlichen Sitzung |
| Frau Sabrina Kirsten | nur zur öffentlichen Sitzung |
| Frau Annika Kluge | nur zur öffentlichen Sitzung |
| Herr Thilo Kölsch | nur zur öffentlichen Sitzung |
| Frau Stephanie Luzemann | nur zur öffentlichen Sitzung |
| Herr Christoph Neuhaus | nur zur öffentlichen Sitzung |
| Frau Annekatriin Sabrowski | nur zur öffentlichen Sitzung |
| Frau Laura Sommerfeld | nur zur öffentlichen Sitzung |

Schriftführung:

Frau Rebekka Grüber

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Peter Biernadzki LL

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

| | |
|-----------------------|-----|
| Herr Martin Kornau | FRL |
| Herr Jürgen Schmidt | FRL |
| Ratsherr Jürgen Thiel | FRL |

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:47 Uhr

1. Verpflichtung eines Sachkundigen Bürgers

Vorsitzender Diller liest dem sachkundigen Bürger, Herrn Adolf Triffo, die Verpflichtungsformel vor, der diese unter Erhebung von seinem Platz wiederholt.

2. Öffentliche Fragestunde

Entfällt.

3. Beratungen über den Verwaltungshaushalt 2007

3.1. Verwaltungshaushalt 2007 (Ämtergruppe 61 - 63, ZGW, StA 80, Feuerwehr und Rettungsdienst)

Ratsherr Holzrichter erkundigt sich nach der Begründung für die Streichung von Haushaltsmitteln auf der Haushaltsstelle 1.110.6130.0 „Lüdenscheider Verkehrssicherheitstage“ und fragt an, ob die Maßnahme dennoch umsetzbar sei.

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, antwortet, dass das Land NRW im Jahr 2007 voraussichtlich keine Zuschüsse hierfür gewähren werde und daher der Ansatz vorerst auf Null gesetzt worden sei. Dennoch sei die Maßnahme bei Kostenbeteiligung Dritter durchführbar.

Ratsfrau Teipel erbittet eine Prioritätenliste über die Durchführung von Maßnahmen im Bereich der Straßenbeleuchtung.

Herr Bärwolf, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, teilt mit, dass diesbezüglich eine Abstimmung mit STL notwendig sei; eine entsprechende Liste werde den Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt werden.

Anschließend bittet Ratsherr Holzrichter um Erläuterung der Mindereinnahmen um 100.000 € auf der Haushaltsstelle 1.680.1400.7 „Pacht WKL“.

Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, führt aus, dass sich die angegebenen Zahlen stets auf das Ergebnis des Vorjahres beziehen würden. Dabei seien aufgrund der Einführung der Brötchentaste und des teilweisen Wegfalls der Parkpalette Corneliusstraße Mindereinnahmen in Höhe von etwa 30.000 € bis 50.000 € zu verzeichnen. Ebenso seien die Investitionskosten für die Sprinkleranlage der Kulturhaustiefgarage in Höhe von weiteren 50.000 € gemäß den vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem WKL e. V. und der Stadtverwaltung Lüdenscheid abgezogen worden.

In diesem Zusammenhang erkundigt sich Ratsherr Holzrichter nach der Möglichkeit, den Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses die Abrechnung der Pacht vorzulegen, da seines Erachtens aufgrund der verstärkten Kontrollen durch vier weitere Politessen die Einnahmen steigen müssten.

Herr Bärwolf, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehrs, sagt zu, dies mit der LSM abzustimmen.

Des Weiteren bemängelt Ratsherr Holzrichter den häufig ungepflegt wirkenden Zustand der Parkflächen und erbittet für die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses eine Kalkulation sowie eine Aufstellung über die getätigten Investitionen.

Ratsherr Dudas erkundigt sich, warum die WKL, welche grundsätzlich für die Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten der Parkflächen zuständig sei, nicht für die Sanierung der Parkpalette Corneliusstraße aufkommen müsse.

Herr Beigeordneter Theissen antwortet, dass die vertragliche Regelung diesbezüglich eine Begrenzung aufweise, so dass ab einem bestimmten Kostenvolumen die Stadt Lüdenscheid die Kosten zu tragen habe.

In diesem Zusammenhang erkundigt sich Ratsfrau Teipel nach dem Sachstand bez. der Parkpalette Corneliusstraße.

Vorsitzender Diller sagt eine Information der Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses nach erfolgter Erörterung der Thematik im Verwaltungsvorstand zu.

Auf Rückfrage des Ratsherrn Holzrichter bezüglich der Haushaltsstelle 1.064.6123.6 „Erstellung eines Baumkatasters“ teilt Herr Kuschmirtz, Zentrale Gebäudewirtschaft, mit, dass aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht eine ständige Baumkontrolle sowie die Dokumentation des Zustandes der etwa 3.600 Bäume auf städtischer Fläche, welche sich in der Verwaltung der Zentralen Gebäudewirtschaft befinden, zwingend notwendig sei.

In Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Dudas nach der Notwendigkeit der Haushaltsstellen 1.882.6560.0 „Gutachten Eggenscheid“ und 1.611.6560.3 „Gutachten“ teilt Herr Weiner, Amt für Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften, mit, dass es sich hierbei um Vorratspositionen für im Entwicklungsprozess anfallende Kosten handle; so sei beispielsweise für das Neubaugebiet Eggenscheid aufgrund aktueller Verhandlungen mit einem möglichen Investor ein Entwässerungsgutachten notwendig.

Auf Nachfrage des Herrn Triffo bezüglich des von 125.000 € im Jahr 2006 auf 200.000 € im Jahr 2007 gestiegenen Haushaltsansatzes der Haushaltsstelle 1.160.6780.3 „Entschädigung für Rettungsdienst (DRK)“ erläutert Frau von Schaewen, Rechts- und Ordnungsamt, dass das DRK gemäß vertraglicher Regelung prozentual zu beteiligen sei und somit aufgrund der gestiegenen Gebühren im Bereich des Rettungsdienstes eine höhere Entschädigung erhalte.

Herr Beigeordneter Theissen ergänzt, dass der Vertrag mit dem DRK seit etwa 30 Jahren zur besten Zufriedenheit der Stadt Lüdenscheid bestünde. Dennoch sei aus Gründen der Kostenersparnis geplant, Teilbereiche des Rettungsdienstes durch andere Anbieter durchführen zu lassen. Darüber hinaus sei eine Honorarzahlung an Stelle einer Spitzabrechnung der Gebühren in Erwägung zu ziehen.

Anschließend fassen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses folgenden einstimmigen

Beschluss:

Der Verwaltungshaushalt der Ämtergruppe 61 – 63, der ZGW, des StA 80 sowie der Feuerwehr und des Rettungsdienstes wird dem Rat der Stadt Lüdenscheid in der vorliegenden Form empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 15 |
| Nein-Stimmen: | - |
| Enthaltungen: | - |

3.2. Anträge der Ratsfraktionen bez. der Energiebewirtschaftung der Stadtverwaltung

3.2.1. Antrag der CDU-Fraktion

Die CDU-Ratsfraktion stellt den als **Anlage 1** der Niederschrift beigefügten Antrag zur Effizienzüberprüfung der Investitionen zur Energieeinsparung sowie zur Einführung eines Energiemanagements und mehr Transparenz bei internen Verrechnungen und Sammelnachweisen des Energieverbrauchs.

Nach kurzer Diskussion stimmen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses dem Antrag der CDU-Fraktion einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 15 |
| Nein-Stimmen: | - |
| Enthaltungen: | - |

3.2.2. Antrag der FDP-Fraktion

Unter Bezugnahme auf den Antrag der CDU-Ratsfraktion stellt die FDP-Fraktion den als **Anlage 2** der Niederschrift beigefügten Ergänzungsantrag, indem Sie beantragt, Nutzer bei energiesparender Änderung ihres Verhaltens durch Beteiligung an den eingesparten Mitteln zu belohnen.

Ohne weitere Diskussion stimmen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses dem Antrag der FDP-Fraktion einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 15 |
| Nein-Stimmen: | - |
| Enthaltungen: | - |

3.3. Investitionsprogramm 2008 - 2010 (Ämtergruppe 61 - 63, ZGW, StA 80, Feuerwehr und Rettungsdienst)

Ohne weitere Erörterung empfehlen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses dem Rat der Stadt Lüdenscheid das Investitionsprogramm 2008 – 2010 der Ämtergruppe 61 – 63, der ZGW, des StA 80 sowie der Feuerwehr und des Rettungsdienstes in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 15 |
| Nein-Stimmen: | - |
| Enthaltungen: | - |

3.4. Änderungsliste

Herr Bärwolf, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, erläutert die den Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses vorliegende Änderungsliste zum Vermögenshaushalt.

Unter Bezugnahme auf die in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 18.10.2006 durchgeführte Ortsbesichtigung des Rathausplatzes und den hier erfolgten Anregungen, die Wasserschale aufgrund der starken Dunkelheit auf dem Platz zusätzlich von unten zu beleuchten, stellt Herr Bärwolf mehrere Alternativen vor. So könne man zum einen Schienen – ähnlich wie die Lichtbänder – im Sockelbereich rund um die Wasserschale einlassen; dies verursache Kosten von etwa 35.000 €. Zum anderen könne man lt. der Firma INSTA die Schienen oberirdisch anbringen; trotz ebenfalls oberirdisch angebrachter Kabel sei auch diese Variante vandalismussicher und würde lediglich mit etwa 20.000 € bis 25.000 € zu Buche schlagen. Als weitere Alternative habe Herr Angerer, Büro Conceptlicht, vorgeschlagen, den Platanenhain vom Gebäude Rathausplatz 25 (Gothaer Haus) aus anzustrahlen; eine konkret bestimmbare Anstrahlung sei jedoch nur möglich, wenn der Winkel zum Platanenhain größer als 10° sei. So würde das Licht im Winter, wenn die Platanen keine Blätter tragen, bis auf den Platz scheinen, im Sommer würde das Blätterdach des Hains angestrahlt. Die Kosten, inklusive der hierfür notwendigen Planungskosten, beliefen sich laut Herrn Angerer auf etwa 20.000 € bis 25.000 €, so dass der Ansatz der Haushaltsstelle 1.610.9501.0 „Rathausumfeld/Rathausplatz“ von 70.000 € auf 60.000 € reduziert werden könne.

Nach ausführlicher Diskussion sprechen sich die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses mehrheitlich zustimmend für die Beauftragung des Herrn Angerer, Büro Conceptlicht, mit der vom Gebäude Rathausplatz 25 ausgehenden Anstrahlung des Platanenhains, aus.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 11 |
| Nein-Stimmen: | 2 |
| Enthaltungen: | 2 |

Anschließend fassen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses folgenden

Beschluss:

Die Änderungsliste des Verwaltungshaushaltes der Ämtergruppe 61 – 63 sowie der Feuerwehr und des Rettungsdienstes wird dem Rat der Stadt Lüdenscheid in der vorliegenden Form empfohlen.

Die Änderungsliste des Vermögenshaushaltes der Ämtergruppe 61 – 63 wird dem Rat der Stadt Lüdenscheid mit der Abweichung empfohlen, den Ansatz der Haushaltsstelle 1.610.9501.0 „Rathausumfeld/Rathausplatz“ auf 60.000 € zu reduzieren, da für die Beleuchtung der Wasserschale durch die Beauftragung des Herrn Angerer 25.000 € ausreichend sind.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 12 |
| Nein-Stimmen: | 2 |
| Enthaltungen: | 1 |

4. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

4.1. Sachstandsbericht zu den Folgen des Orkans "Kyrill"

4.1.1. Bericht der Feuerwehr

Herr Walter, Feuer- und Rettungswache, berichtet, dass am 18.01.2007 die Gerätehäuser wie üblich besetzt gewesen seien und die Feuerwehr hierüber eine dezentrale Koordination der Einsätze durchgeführt habe. Am 18.01.2007 seien von 12:00 Uhr bis 24:00 Uhr 220 Einsätze mit 145 Einsatzkräften durchgeführt worden, am darauffolgenden Tag weitere 87 mit 80 Einsatzkräften.

Tragisch geworden sei die Einsatzentwicklung als einzelne Stadtteile (Brüninghausen, Hellersen) abgeschlossen waren.

Bei Überprüfung einer Brandmeldeanlage in Hellersen sei ein Wachabteilungsleiter von den Sturmböen aus dem Auto geweht worden. In der Parkstraße habe ein umstürzender Baum zwei Rettungsassistenten verletzt, der Wagen sei Totalschaden. In der Dönne habe sich trotz größtmöglicher Sicherheitsmaßnahmen der schwerste Vorfall ereignet. Hier seien fünf Feuerwehrmänner unter einem 50 cm breiten Baum begraben worden, drei seien schwerstverletzt, einer befinde sich sogar auf der Intensivstation.

In anschließender Pressekonferenz sei deutlich geworden, dass die Stadt Lüdenscheid im Vergleich zu anderen Gemeinden des Märkischen Kreises eine sehr hohe Sicherheit gewährleistet habe. So habe man beispielsweise Rettungsfahrzeuge ausschließlich in Begleitung eines Löschfahrzeuges zu Einsätzen geschickt.

Die Sachschäden (ein Rettungswagen und drei Löschfahrzeuge) seien zumeist über Versicherungen abgedeckt.

Für die Zukunft würden seitens der Feuer- und Rettungswache Strategien zur besseren Erreichbarkeit erarbeitet, deren Kostenvolumen momentan ermittelt werde.

Vorsitzender Diller bedankt sich bei Herrn Walter und bittet, Genesungswünsche der Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses an die verletzten Feuerwehrleute zu übermitteln.

4.1.2. Bericht der Zentralen Gebäudewirtschaft

Herr Kuschmirtz, Zentrale Gebäudewirtschaft, teilt mit, dass sich die von der ZGW getroffenen Vorbereitungen auf das Schadensereignis bestens bewährt hätten. Die Mitarbeiter seien schon frühzeitig über den bevorstehenden Orkan und die hieraus resultierenden Risiken hinreichend informiert worden. U. a. war dies auch durch die vorhandene EDV-Anbindung zu

allen Hausmeistern möglich. Ebenfalls hätten die Informationsketten zur Feuerwehr, zum STL und zum Ordnungsamt funktioniert.

Selbst während des Sturms sei eine dauerhafte Kommunikation und die Aufnahme von Schadensmeldungen möglich gewesen, so dass bereits in der Nacht zum 19.01.2007 erste Maßnahmen ergriffen und mit einzelnen Handwerksbetrieben notwendige Reparaturaufträge abgestimmt werden konnten.

Insgesamt 26 der 120 stadteigenen Gebäude hätten Schäden davongetragen. Der Sachschaden belaufe sich auf etwa 280.000 €, der Gebäudeschaden auf ca. 270.000 €; hiervon seien etwa 250.000 € über Versicherungen abgedeckt. Die erheblichsten Schäden seien am Zeppelin-Gymnasium und am Vereinsheim in Brügge zu verzeichnen.

Darüber hinaus sei es der Stadt Lüdenscheid möglich gewesen, den stark geschädigten Waldbauern zeitnah einen Holzumschlagplatz am Bahnhof Brügge zur Verfügung zu stellen.

4.1.3. Bericht der Umweltabteilung

Herr Badziura, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, teilt mit, dass Lüdenscheid nach dem Orkan „Kyrill“ eine Schadensschwerpunktstelle gewesen sei. So belaufen sich allein die Schäden auf Straßen, Wegen, Plätzen und Grünanlagen auf etwa 313.000 €. Am schlimmsten in Mitleidenschaft gezogen worden sei der Waldfriedhof Loh.

Die Schäden an Infrastruktureinrichtungen seien zumeist von der Stadt selbst zu tragen und nicht über Versicherungen abgedeckt.

Insgesamt umfasse der städtische Forst etwa 500 ha Waldflächen, die Grenzflächen zur Wohnbebauung und öffentlichen Straße betragen ca. 32 km und wurden aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Gefahrenbeseitigung für Leib und Leben bevorzugt behandelt. Reine Aufräumarbeiten könnten daher erst später erledigt werden.

Anhand einer PowerPoint-Präsentation verdeutlicht Herr Badziura den Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses die Folgen des Orkans. So seien die Bestände, wie beispielsweise in Eggenscheid, zumeist flächig gefallen, Personenschäden seien nicht zu vermelden. Ebenso seien etliche Einzelschäden wie am Römerweg zu verzeichnen. Am Hilgenhaus seien die wohnungsnahen Bestände aus Sicherheitsgründen gefällt worden. Zwischen Am Köpfchen und dem Krummscheider Weg sowie am Sonnenscheid sei der Bestand weitgehend zerstört.

Immerhin seien zahlreiche Bäume mitsamt den Wurzeln umgestürzt und nicht gebrochen, was den Schaden geringfügig in Grenzen halte. Die Schadensmenge belaufe sich auf etwa 10.000 bis 15.000 Festmeter Holz, dies entspreche ungefähr der 10 bis 15fachen Jahreseinschlagmenge.

Bislang seien bereits erhebliche Mengen frei Stock verkauft worden. In der siebten Kalenderwoche werde ein Schweizer Unternehmen mit Spezialgeräten weitere Schäden beseitigen.

4.2. Zwischenbericht zur Umsetzung der Sondernutzungssatzung

Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, teilt mit, dass die aktuelle Sondernutzungssatzung vom 04.07.2005 bis zum 31.12.2007 gültig sei. Die bis zum Sommer diesen Jahres gemachten Erfahrungen würden in die Folgesatzung ab 2008 einfließen.

Durch die momentan gültige Fassung der Sondernutzungssatzung habe man vor Allem ein besseres Stadtbild in der Fußgängerzone durch die Beschränkung und Gestaltung von Werbeanlagen, weniger Werbeplakaten sowie geringere Plakatverschmutzungen an den Straßen und mehr Gebührengerechtigkeit erreichen wollen.

In der unteren Wilhelmstraße habe man durch die Beschränkung auf kleinere Warenauslagen und Verkaufsstände gute Erfolge erzielen können, welche zu einem deutlich großzügigeren Bild der Hauptseinkaufsstraße geführt hätten. Lediglich gegen einen Geschäftsinhaber habe ein Verfahren durchgeführt werden müssen, da er trotz wiederholter Gespräche und getroffener Zusagen die vorgegebenen Bestimmungen nicht eingehalten habe.

Bei gastronomischen Freiflächen im Straßenraum habe man versucht, gestalterische Elemente (Pflanzschalen etc.) gegenüber festen Installationen zu fördern. Diese Entwicklung solle nunmehr vorwiegend über Auflagen und Gebührenregelungen unterstützt werden.

Beeinträchtigungen des Gemeingebrauchs im Bereich von Baustelleneinrichtungen hätten oftmals das notwendige Maß übertroffen, so dass zukünftig verstärkt darauf geachtet werde, den öffentlichen Fußgänger- und Fahrzeugverkehr nicht übermäßig aufgrund privater Interessen einzuschränken.

Ende 2005 habe man bezüglich der Plakatwerbung an den Straßen das Unternehmen „Städtewerbung Schnelle“ engagiert, welches etwa 200 Plakaträhmen an ausgewählten Laternenstandorten installiert und die Plakatwerbung als Dienstleistung für alle Interessenten übernommen habe. Darüber hinaus beseitige das Unternehmen im Auftrag der Stadt Lüdenscheid unerlaubt angebrachte Plakate auf städtischer Fläche. Hierdurch habe man die bislang übermäßige und häufig illegale Werbeplakatierung massiv eindämmen können. Die örtlich und mengenmäßig eingeschränkte sondernutzungsgebührenfreie Plakatierung für Vereine habe sich bewährt; bei der Plakatwerbung für die Schützenvereine werde es Nachbesserungen geben.

Die derzeit noch geltende Ausnahme für Zirkusplakate soll aufgehoben werden, da im vergangenen Jahr kein Veranstalter Genehmigungsinhalte oder Zusagen eingehalten habe, was neben der Verschmutzung des Stadtbildes auch zu hohem Personal- und Kostenaufwand geführt habe.

Darüber hinaus beabsichtige die Stadt Lüdenscheid, zusätzlich zu den Plakaträhmen an den Einfallstraßen, einige großformatige Werbemöglichkeiten für Veranstaltungen im öffentlichen Interesse zu schaffen; entsprechende Verhandlungen würden derzeit geführt.

Die Sondernutzungs- und Verwaltungsgebühren seien bei unbefristeten Genehmigungen (Dauersondernutzungen), welche lediglich mit geringem Aufwand verbunden seien, im Regelfall günstiger geworden. Genehmigungen hingegen, welche einen größeren Aufwand verursachen, insbesondere befristete und bestimmte Arten von Sondernutzungen, welche dem Erlaubnisnehmer einen wirtschaftlichen Vorteil verschafften, seien teurer geworden. Zudem seien im vergangenen Jahr verstärkt Überprüfungen durchgeführt worden, aufgrund derer unerlaubte Sondernutzungen in erheblichem Maße festgestellt, nachträglich berechnet und im Wiederholungsfall mit Bußgeldern geahndet worden seien. Aufgrund der verstärkten Überprüfungen hätten sich die Gebühreneinnahmen um etwa 25 % erhöht.

Bei Großveranstaltungen auf öffentlichen Flächen habe sich gezeigt, dass damit ein erheblicher Zeit- und Personalaufwand verbunden sei; die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Veranstaltungen bei der Abteilung Bauservice habe sich in diesem Zusammenhang bewährt. Vor allem die Vielzahl organisatorischer Probleme im Vorfeld sowie - auch aufgrund zunehmender Beschwerden - erforderlicher Überprüfungen während der Veranstaltung würden es jedoch berechtigt erscheinen lassen, die bisher sehr niedrige Gebührenhöhe zu ü-

berdenken. Zudem lasse es die Erfahrung des vergangenen Jahres mit säumigen Zahlern, Verschmutzungen und Beschädigungen ratsam erscheinen, mehr als bisher Genehmigungen von Sicherheitsleistungen abhängig zu machen.

Die überarbeitete Fassung der Sondernutzungssatzung solle den Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschuss nach den Sommerferien 2007 vorgelegt werden.

4.3. Vorstellung der Projektarbeit "Parken in der Innenstadt"

Die Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Hagen stellen den Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses den als **Anlage 3** der Niederschrift beigefügten Auszug ihrer Projektarbeit „Parkplätze in der Innenstadt – Luxus oder Chance?“ vor.

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

5.1.1. Straßenunterhaltungsmaßnahme des Landesbetriebes: hier: Deckenerneuerung der L 561 zwischen Im Grund und Im Olpendahl

Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, teilt mit, dass im Frühjahr 2007 eine Deckenerneuerung der L 561 (Heedfelder Landstraße) im Bereich Oedenthaler Straße bis Im Grund durchgeführt werde. Da die Arbeiten unter Drittelung der gesamten Fahrbahnbreite durchgeführt würden, könne der Verkehr zu jeder Zeit in beide Fahrtrichtungen gegenläufig fließen.

Lediglich im Kreuzungsbereich der L 561 und Im Grund müsse die Straße Im Grund für die Zeit der Bauarbeiten vollständig abgesperrt werden. Eine Umleitung werde über die Freisenbergstraße und Kerkhagen eingerichtet.

Darüber hinaus werde für die Arbeiten im Knotenpunkt L 561/Brockhauser Weg/Oedenthaler Straße eine Vier-Phasen-Baustellenampel eingerichtet.

5.1.2. Halteplätze für MVG und Reisebusse innerhalb der Maßnahme oberes Sauerfeld (Kulturhaus)

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, gibt bekannt, dass im Zuge der Umbaumaßnahme Sauerfeld die Busparkmöglichkeit vor dem Haus der Vereine entfalle. Darüber hinaus werde die Fläche der Halteplätze für die Busse der MVG an der Ecke Sauerfelder Straße/Hochstraße verkürzt.

Daher werde hier als Ersatz für die entfallenen MVG-Bus-Stellplätze ein Gehweg eingezogen und die Haltefläche somit um eine Spur verbreitert. Zudem werde der an der Hochstraße Ecke Staberger Straße befindliche weitgehend ungenutzte Motorradstellplatz in einen Reisebusparkplatz umgewandelt.

5.1.3. Umleitungsplan Vollsperrung B 54

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, teilt mit, dass aufgrund der Vollsperrung der B 54 zwischen Linneper Mühle und Brügge eine großräumige Umleitung über die Hälver Straße erfolge.

5.2. Beantwortungen von Anfragen

5.2.1. Parkdruck am Hagedornskamp

Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, beantwortet die Anfrage der Ratsfrau Gabler in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 18.10.2006 wie folgt:

Nach Prüfung der Verwaltung habe in dem Bereich kein erhöhter Parkdruck festgestellt werden können. Die Parkplätze seien auch nur zum Teil besetzt gewesen. Das Ordnungsamt habe bei einer Kontrolle Gespräche mit den Anwohnern geführt, die bestätigt hätten, dass dort im Moment kein Parkdruck bestehe.

Die Verwaltung sehe daher vorläufig keinen Handlungsbedarf.

5.2.2. Spielplatz Am Hang

In Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Dudas in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 18.10.2006 teilt Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, folgendes mit:

Der Spielplatz könne über die Gustav-Straße und über die Straße Am Hang erreicht werden. Beide Zugangssituationen seien überprüft worden. In der Gustav-Straße befinde sich im Bereich des Zuganges eine Engstelle. Diese mache deutlich, dass hier mit querenden Fußgängern zu rechnen sei. Weitere Maßnahmen seien nicht erforderlich.

In der Straße Am Hang sei der Zugang zum Spielplatz schlecht zu erkennen. Es sei daher das Anbringen eines Hinweisschildes "Kinder" in jeder Fahrtrichtung angeordnet worden. Die Umsetzung werde zeitnah erfolgen.

5.2.3. Verkehrssituation Lennestraße

Die Anfrage des Ratsherrn Pietzner in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 07.11.2006 wird durch Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, nachfolgend beantwortet:

Eine Überprüfung der Sachlage habe ergeben, dass aus verkehrslenkender Sicht kein Handlungsbedarf bestehe, da das Abbiegen nach links, beim Verlassen des Grundstücks, und das Einbiegen der von rechts kommenden Verkehrsteilnehmer auf das Grundstück nach der Straßenverkehrsordnung verboten sei.

Eine Erneuerung der vorhandenen Markierung sei auch nicht erforderlich, da diese noch nicht abgängig sei.

Zudem habe eine Anfrage bei der Polizei ergeben, dass es in diesem Bereich in Bezug auf Unfälle bisher zu keinen Auffälligkeiten gekommen sei.

5.2.4. Baustellen-Lichtzeichenanlage im Bereich der Autobahnanschlussstelle Lüdenscheid

Die Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Oettinghaus in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt am 10.01.2007 wird der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.

5.3. Anfragen

5.3.1. Talstraße, Ein- und Ausfahrt Freibad Nattenberg

Vorsitzender Diller äußert, dass sich in der letzten Zeit Meldungen über Unfälle im Bereich Talstraße/Einfahrt Nattenberg häufen würden. Er fragt an, ob im Zuge des Umbaus des Freibades an eine Entschärfung der Verkehrssituation gedacht worden sei. Ebenso erkundigt sich Vorsitzender Diller nach dem Standpunkt der Verkehrskommission zu diesen Unfällen.

Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr antwortet, dass die Kreuzung Talstraße / Südstraße / Zufahrt Parkplatz Nattenberg erstmalig 1987 zur Unfallhäufungsstelle erklärt worden sei. In den darauf folgenden Jahren seien immer wieder Unfälle dokumentiert worden. Es habe aber auch Zeiträume gegeben, in denen über mehrere Jahre kein Unfall passiert sei. Im Jahr 2002 sei sie letztmalig als erledigt betrachtet worden, da keine Unfälle mehr zu verzeichnen gewesen waren. 2004 seien dann wieder vier Unfälle passiert, wodurch die Unfallhäufungsstelle erneut aktiv wurde. Das Unfallbild werde seitdem jährlich in der Sitzung der Unfallkommission untersucht.

Die Anzahl der Unfälle schwanke von Jahr zu Jahr. 2005 seien zwei Unfälle passiert, im Jahr 2006 hingegen vier. Die Hauptursache für diese Unfälle liege in dem hohen Verkehrsaufkommen auf der Talstraße. Die Einbieger aus der Südstraße und der Parkplatzzufahrt müssten geringe Zeitlücken nutzen, um in die Talstraße einbiegen zu können. Die Geschwindigkeit des Verkehrs auf der Talstraße werde dabei unterschätzt und so komme es zu den Unfällen. Entsprechend den Unfalldaten der Polizei seien in den beiden letzten Jahren nur Sachschäden entstanden.

Auf den Ausbau des Freibades und den evtl. daraus resultierenden Mehrverkehr habe die Stadt Lüdenscheid bereits 2006 hingewiesen, die Unfallkommission werde diesen Knoten daraufhin weiter beobachten.

Die Mitglieder der Unfallkommission seien sich einig, dass der Knoten mittelfristig signalisiert werden müsse. Solange der Verkehr aus den Nebenstraßen nicht mehr als 20% des Verkehrs auf der Hauptrichtung ausmache, müsse der Landesbetrieb als Straßenbaulastträger die Kosten für eine Lichtzeichenanlage tragen.

5.3.2. Parkplatzzufahrt Freibad Nattenberg

In Ergänzung der Anfrage des Vorsitzenden Diller regt Ratsherr Pietzner an, während der Baumaßnahme am Freibad Talstraße die Parkplatzzufahrt zum Freibad Nattenberg an die Kölner Straße zu verlegen, da hier bereits eine Lichtsignalanlage vorhanden sei.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

5.3.3. Fehlender Lärmschutz an der A 45 in Lüdenscheid

Ratsfrau Gabler teilt mit, dass Herr Bürgermeister Dzewas Herrn MdB Schauerte mit Schreiben vom 08.01.2007 gebeten habe, sich für aktive und passive Schallschutzmaßnahmen gegen den von der A 45 ausgehenden Verkehrslärm auf dem Stadtgebiet Lüdenscheid einzusetzen. Sie erkundigt sich, ob seitens der Stadt Lüdenscheid bereits eine Mittelbeantragung vorgenommen bzw. eine solche beabsichtigt sei.

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr teilt mit, dass hier die Zuständigkeit beim Bund angesiedelt sei und die Stadt Lüdenscheid lediglich, so wie mit diesem Schreiben bezweckt, die Wünsche der Bürger verstärken könne. Es sei möglich, an einigen Bereichen Schallschutzmaßnahmen zu installieren, sofern der Bund über entsprechende Haushaltsmittel verfüge.

5.3.4. Buswartehalle 'Wauerthang'

Ratsherr Thielicke weist darauf hin, dass die hintere Scheibe der Buswartehalle "Wauerthang" am Vogelberg zerbrochen sei.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

5.3.5. Geschwindigkeitsmessanzeige am Honsel

Ratsherr Dudas erkundigt sich, warum am Honsel auf Höhe der dort momentan platzierten Geschwindigkeitsanzeigetafel eine Messstelle des Märkischen Kreises installiert worden sei, welche die Geschwindigkeitsüberschreitungen festhält und ahndet.

Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, teilt mit, dass es sich hierbei um einen Zufall handle. Es sei davon auszugehen, dass die Geschwindigkeitsmessanzeige versehentlich auf Höhe der Messstelle des Kreises installiert worden sei.

gez. Diller

Vorsitzender

gez. Grüber

Schriftführerin